



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/190 - 20. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 836 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Prof. Dr. K. Bechert, Mainz, über radioaktive Niederschläge	S. 1
Zum vatikanisch-sowjetischen Verhältnis	S. 3
Schwierige Saarverhandlungen	S. 4

---

## Radioaktive Niederschläge

Bundesamtliche Erklärungen mit zweierlei "Wahrheit".

Von Prof. Dr. K. Bechert - Mainz

Der Herr Bundesminister für Atomfragen hat am 29.7.1956 erklärt, die Niederschläge im Bundesgebiet seien bisher harmlos gewesen. Die Bundesregierung hat aber Anfang August desselben Jahres auf einen Fragebogen der Vereinten Nationen geantwortet: Die Meßwerte über die Radioaktivität der Niederschläge in der Bundesrepublik hätten zeitweise erheblich über der höchstzulässigen Menge von Radioaktivität im Trinkwasser gelegen ("Frankfurter Allgemeine", 13.8.56). Die Bundesregierung gibt auch zu, dass "Vorsicht geboten" sei beim Trinken von Wasser aus Zisternen, in denen Regenwasser als Trinkwasser gesammelt wird. Das gebe es "immerhin in einigen Gegenden von Westdeutschland".

Genau das, was die Bundesregierung jetzt gegenüber den Vereinten Nationen zugibt, hatte ich seit Monaten warnend gesagt, aber der Herr Atomminister hat es noch Ende Juli 1956 bestritten! Ich hatte in meinem Vortrag im Bundeshaus Mitte April 1956 auch auf die gefährliche Rolle von Strontium hingewiesen, hatte Überwachung der Niederschläge, der Lebensmittel, wirksamen Strahlenschutz für die in Industriebetrieben Arbeitenden und viele andere Massnahmen gefordert. Jetzt hält man es auch

auf Seiten der Bundesregierung für nötig, den Strontiumgehalt in den Niederschlägen und in der Atmosphäre kontrollieren zu lassen. Vielleicht wird man der Bevölkerung sogar mitteilen lassen - vorläufig überlegt man sich das noch -, wenn radioaktiver Niederschlag gefallen ist, nachdem in der letzten Zeit den messenden Wissenschaftlern artlich nahegelegt wurde, ihre Messergebnisse nicht bekanntzugeben.

Aber die wichtigste Massnahme, die ich gefordert hatte, die Bundesregierung solle auf Einstellung der Atomwaffenversuche dringen, hat man bisher in der Bundesregierung nicht für beherzigenswert gehalten. Man beabsichtigt, bei der Feststellung von zu hoher Radioaktivität "in dem jeweils betroffenen Landstrich vorbeugende Reihenuntersuchungen" vorzunehmen. Es bleibt Geheimnis der Bonner Stellen, wie Reihenuntersuchungen vorbeugend wirken sollen. Eine Reihenuntersuchung beweist erstens nichts, weil Schäden durch die jetzt vorhandene Niederschlagsaktivität sich erst nach Jahren zeigen werden - Speicherung der Radioaktivität im Knochenmark kann zur Schädigung der Blutbildung führen - und zweitens kann eine Reihenuntersuchung einer Gefährdung nicht vorbeugen, sie kann sie höchstens feststellen.

Was wird die Bundesregierung tun, wenn die Gefährdung offenbar ist? Genügt es nicht, dass für die Menschen in Deutschland, die Regenwasser als Trinkwasser verwenden müssen, die Gefährdung - auch nach der Meinung der Bundesregierung - bereits gegeben ist? Oder will die Bundesregierung ihnen Trinkwasser liefern? Genügt es nicht, dass die Schädigungsgrenze für Kleinkinder durch Trinkmilch schon monatelang in Westdeutschland überschritten wurde, wie ich festgestellt habe.

Der SPD-Parteitag in München hat die Forderung aufgestellt: Schluss mit den Atomwaffenversuchen! Das gleiche fordern Vereinigungen und Bünde in der Bundesrepublik, kirchliche Verbände und Vertretungen in anderen Ländern. Die Völker der Erde müssen aufgerufen werden, Einstellung der Atomwaffenversuche von ihren Regierungen zu verlangen. Wenn die Völker dies fordern, werden die Mächtigen der Erde es auf die Dauer nicht wagen können, mit den Versuchen fortzufahren.

Konkordat zwischen Rom und Moskau?

M.-S. In der letzten Zeit tauchten wieder einmal Nachrichten über Pläne der Sowjetregierung auf, Kontakte mit Rom herzustellen, (z.B. auch über die Absicht Chruschtschows, sich bei einer Italienreise von Papst Pius XII. empfangen zu lassen).

Andererseits haben italienische Presseagenturen, die den dortigen Christlichen Demokraten nahestehen, von Besuchen italienischer Katholiken in der Sowjet-Union berichtet. Hinsichtlich dieser Mitteilungen erklärte das Vatikan-Organ "Osservatore Romano", keine offizielle oder offiziöse Information des Heiligen Stuhles sei Anlass solcher Nachrichten gewesen. Informierte römische Kirchenkreise sehen in dieser ungewöhnlichen Stellungnahme der Vatikanzeitung einen Hinweis darauf, dass der Hl. Stuhl für alle zukünftigen Entscheidungen, das Verhältnis der Kirche zu den Oststaaten betreffend, seine Bewegungsfreiheit behalten will.

Interessanterweise wird nirgendwo die bisher allgemein üblich gewesene, leidenschaftliche Ablehnung der Möglichkeit künftiger konkordatarer Beziehungen der römisch-katholischen Kirchenführung mit den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang laut. Diese Wandlung der Einstellung ist allerdings nicht ganz neuen Datums.

Schon Ende 1955 besuchte ein katholischer Theologe, Dekan der katholischen theologischen Fakultät der Universität Graz, Professor Marcel Reding, nachdem er kurz zuvor in Rom gewesen war, die Sowjet-Union. Der Besuch hatte seitens der Sowjetregierung einen durchaus offiziellen Charakter, er war auf Grund einer Regierungseinladung erfolgt. Professor Reding wurde von dem Minister E. Polianski vom "Rat der religiösen Kultur beim Ministerrat der UdSSR" empfangen. Dieser begleitete den katholischen Theologen auf seiner 14-tägigen Reise durch die Sowjet-Union. Zum Abschluss stellte sich Professor Reding einem Kolloquium zum Thema "Atheismus" mit vier führenden Professoren der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, um anschliessend von den stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan empfangen zu werden. Dieser Besuch wurde von der Öffentlichkeit dahingehend kommentiert, dass man aus diesen Vorkommnissen die Möglichkeit eines Konkordatsabschlusses zwischen Rom und Moskau erwägen könne.

Zu diesen Mutmassungen äusserte sich eingehend der "Osservatore

Romano". Dieser Artikel wurde von der katholische Kirchenpresse breit wiedergegeben. Nachdem das Vatikanorgan den grundsätzlichen Charakter von Konkordaten definiert hatte, meinte es, der Kommunismus hinter dem Eisernen Vorhang liefere keine Anhaltspunkte für die Annahme, Moskau bemühe sich ernstlich um eine Anerkennung durch den Heiligen Stuhl. Wörtlich hiess es:

"Man sagt, heute haben sich die Dinge geändert. Es ist nicht der Ort noch der Augenblick, sich mit dem neuen Kurs der Sowjetpolitik und des Kommunismus zu beschäftigen. Doch muss gesagt werden, dass die Praxis des Kommunismus von Voraussetzungen ausgeht, die unverändert materialistisch und atheistisch bleiben".

Nach Informationen aus dem Vatikan (vergl. u.a. Frkft. Allgem. Ztg. vom 8.8.1956) macht man dort in der kirchlichen Beurteilung der einzelnen Oststaaten Unterschiede. Man vertritt die Meinung, am schwierigsten lägen zweifellos die Dinge in Ungarn und in der Tschechoslowakei, besser schon in Polen, und am günstigsten in der deutschen Sowjetzone. Gewiss müsse auch berücksichtigt werden, dass der Ausgangspunkt für Verhandlungen in den einzelnen Ländern sehr verschieden sei. Die Sowjet-Union habe immer nur eine geringfügige römisch-katholische Minderheit gehabt. Bestimmte Satellitenländer hingegen verfügten über grosse und kompakte katholische Bevölkerungen.

Die Gesamtlage ist zweifellos so zu beurteilen, dass der Vatikan in vorsichtiger Weise, ohne sich festzulegen, das Terrain sondiert, indem er sich im Gegensatz zu seiner früheren Haltung grundsätzlich der Möglichkeit von Konkordatsverhandlungen nicht verschliesst, sondern dafür bestimmte Bedingungen ventilirt, deren Verwirklichung in dem "neuen Kurs von Moskau" liegen kann.

\* \* \*

Frankreichs Preis ist zu hoch

Fr.R., Saarbrücken

In wenigen Tagen werden in Bonn die deutsch-französischen Verhandlungen über den Saarvertrag fortgesetzt, der die Modalitäten der politischen und wirtschaftlichen Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik beinhalten soll. Bereits seit Februar dieses Jahres diskutieren die Unterhändler der beiden Staaten darüber, wie der von der

Saarbevölkerung in der Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 bekundete Wille zur Wiedervereinigung verwirklicht werden kann. Nach der Ablehnung des sogenannten europäischen Saarstatuts, das der Saarbevölkerung auch vom Bundeskanzler zur Annahme empfohlen worden war, erklärte sich Frankreich bereit, das von ihm im Jahre 1947 wirtschaftlich angeschlossene Saargebiet aus seinem Zoll- und Währungsbereich zu entlassen und der politischen Eingliederung als Land der Bundesrepublik keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Nachdem zunächst die Franzosen eine zehnjährige politische und wirtschaftliche Übergangszeit verlangt hatten, in der die bisher an der Saar bestehenden Verhältnisse aufrecht erhalten werden sollten, einigte man sich schliesslich darauf, dass die politische Eingliederung am 1. Januar 1957 und die wirtschaftliche Eingliederung am 1. Januar 1960 erfolgen wird. Die politische Eingliederung wird sich, wenn bis Ende dieses Jahres der Saarvertrag von der Nationalversammlung und vom Bundestag ratifiziert ist, ohne Schwierigkeiten vollziehen. Die dazu erforderliche Zustimmung der USA und Grossbritanniens haben sicher nur formalen Charakter.

#### Voraussetzungen der Drei-Jahres-Frist

Aber bei dieser politischen Eingliederung wird es sich eher um eine Demonstration, als um die tatsächliche Veränderung der Gegebenheiten an der Saar handeln. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands und die Bundes-Gesetzgebung bleiben in weitem Maße blockiert, solange das Saargebiet im französischen Zoll- und Währungsbereich verbleibt. Die deutschen Parteien an der Saar hatten von sich aus erklärt, dass sie eine zweijährige wirtschaftliche Übergangszeit bis zur Umstellung der Saarwirtschaft auf deutsche Verhältnisse für erforderlich halten, um die Saarindustrie zu modernisieren und ihr die Möglichkeit zu verschaffen, auf dem deutschen Markt wieder Fuss zu fassen. Sie sind auch mit der Verlängerung der Frist auf drei Jahre einverstanden, wenn diese Zeit für die erforderlichen Massnahmen genutzt werden kann. Dazu ist insbesondere die zollfreie Ausfuhr saarländischer Erzeugnisse in die Bundesrepublik und die zollfreie Einfuhr deutscher Investitionsgüter an die Saar erforderlich. Dazu gehört, dass der Saarbergbau durch die Ausbeutung seiner letzten Kohlenreserven im Wernat rentabel gemacht werden kann, das also die Verpachtung der Wernatkohlenfelder an die lothringischen Gruben auf ein Mindestmass beschränkt wird. Um der saarländischen Wirtschaft

die notwendige Sicherheit zu geben, wird man auch eine Lösung für die Währungs umstellung finden müssen, die garantiert, dass der Saarbevölkerung daraus keine Nachteile entstehen.

Über alle diese Fragen hatte man im Prinzip ein Einverständnis hergestellt, als der Bundeskanzler und der französische Ministerpräsident Mollet unter Hinzuziehung einer saarländischen Regierungsdelegation in Luxemburg die Direktiven für die Ausarbeitung des Vertragstextes festlegten. Bis zu der jetzt eingelegten Verhandlungspause stellte sich jedoch heraus, dass diese Direktiven von den französischen und den deutschen Unterhändlern sehr verschieden ausgelegt wurden. Nachdem Frankreich einsehen musste, dass seine Saarpolitik verfehlt war und dass es seinen Einfluss verlieren würde, geht es ihm offenbar darum, aus der Preisgabe der Saar ein gutes Geschäft zu machen. Nachdem man zunächst das Zugeständnis der Moselkanalisierung erhalten hatte, will man nun auch in den wirtschaftlichen Einzelfragen, die mit der Rückkehr der Saar zusammenhängen, die Bundesrepublik und die Saarbevölkerung einen Preis zahlen lassen, der nicht gut verantwortet werden kann.

#### Währungs umstellung - Kohlenabbau - Importe aus Deutschland

In den entscheidenden Fragen gehen auch jetzt die Auffassungen noch sehr weit auseinander. So will Frankreich beispielsweise der gesamten Währungs umlauf an der Saar kostenlos von der Bundesrepublik erstattet haben. Seine Vertreter behaupten, dass in Luxemburg zwar über die Verpachtung einer Kohlenmenge von 66 Millionen Tonnen im Warndtgebiet gesprochen worden sei, dass es sich dabei jedoch um verkaufbare Kohle handeln müsse. Diese Auffassung würde dazu führen, dass in Wirklichkeit etwa 12 Millionen Tonnen mehr dem Abbau von Lothringen her vorbehalten bleiben und dass damit die Errichtung einer saarländischen Großschachtanlage im Warndt zur Unterbringung der auf anderen Gruben freiwerdenden Saarbergleute gefährdet wäre. Frankreich will die gesamte Saarkohle durch eine mehrheitlich in französischer Hand befindliche Verkaufsorganisation auch nach der wirtschaftlichen Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik verkaufen und damit seinen Einfluss auf die Saarbergwerke indirekt behalten. Schliesslich sind die bisherigen französischen Zugeständnisse hinsichtlich der Einfuhr deutscher Güter an die Saar völlig unzureichend.

In Saarbrücken ist man aus all diesen Gründen unzufrieden. Man fürchtet, dass die Übergangszeit ihren Wert für die Saarwirtschaft verlieren könnte und man nimmt ausserdem an, dass die Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik für die Saar geringer wird, wenn sie die jetzt noch bestehenden Forderungen Frankreichs als Preis für die Rückkehr der Saar an die Franzosen bezahlen soll. Diese Hilfe hat die Saar jedoch nötig, wenn die Einbeziehung ihrer Wirtschaft in das bundesdeutsche Zoll- und Währungssystem ohne Schwierigkeiten vorstatten gehen soll. Deshalb wird es notwendig sein, dass die Verhandlungspartner bald eine Lösung finden, die für die Bundesrepublik und insbesondere für die Saarbevölkerung vertretbar erscheint.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau